

Landesverband
Nordrhein-Westfalen



DSTG - Landesverband NRW - Graf-Adolf-Straße 100 - 4000 Düsseldorf 1

Graf-Adolf-Straße 100
4000 Düsseldorf 1
Telefon (0211) 90695-0

An die
Mitglieder des Haushalts-
und Finanzausschusses des Landtags
Platz des Landtags

4000 Düsseldorf

	NA-
--	-----

Telefax (0211) 90695-22

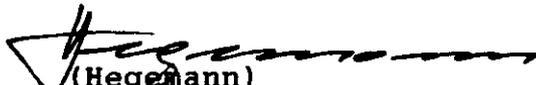


16. Oktober 1991

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersenden wir Ihnen eine EntschlieÙung, die die
Personalräte der Steuerverwaltung einstimmig verabschiedet haben,
zur Kenntnisnahme und Berücksichtigung bei den Beratungen für den
Haushalt 1992.

Mit freundlichem Gruß


(Hegemann)
Vorsitzender

Anlagen

Graf-Adolf-Straße 100
4000 Düsseldorf 1
Telefon (02 11) 90695-0

EntschlieÙung

	NA-
--	-----

Telefax (02 11) 90695-22

Die auf einer Tagung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft versammelten Personalräte der Steuerverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen protestieren gegen die schlechten Arbeitsbedingungen in ihrer Verwaltung.

Sie stellen fest:

1. Die Vollzugsdefizite in der Steuerverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen kosten das Land Milliarden an Steuereinnahmen und haben unter den Augen einer seit fast 25 Jahren amtierenden sozialdemokratischen Landesregierung inzwischen zu einem Zwei-Klassen-Steuerrecht zu Lasten der Arbeitnehmer geführt. Während den Arbeitnehmern die Lohnsteuer als Quellensteuer direkt vom Arbeitslohn abgezogen wird, können Unternehmer bei der Abgabe ihrer Steuererklärungen die Höhe ihrer Steuerschuld weitgehend selbst bestimmen. Eine Kontrolle durch die Finanzämter ist nur lückenhaft. Die Steuern der Arbeitnehmer könnten um ein Drittel gesenkt werden.
2. Die Steuer- und Wirtschaftskriminalität nimmt immer mehr zu. Die Steuerfahndung und die Straf- und Bußgeldsachenstellen sind hoffnungslos überlastet. Allein über Schwarzeinkäufe von Wiederverkäufern in der Gastronomiebranche liegt so viel Belastungsmaterial vor, daß alle Steuerfahnder des Landes NRW mit der Prüfung aller Betriebe dieser Branche für etwa 12 Jahre voll ausgelastet wären.
3. Aufgrund der schlechten Bezahlung und Arbeitsbedingungen laufen dem Finanzminister zu Hunderten die Leute weg; mit der Konsequenz, daß sich die ohnehin schon dramatische Lage weiter verschlimmert. Finanzminister Schleußer will offensichtlich auch 1992 sein eigenes Ressort im Stich lassen. Im Haushaltsentwurf sind keine Ansätze erkennbar, die eine Entwicklung zur sachgerechten Personalausstattung einleiten.

Die Personalräte fordern daher vom Landtag:

1. Massive Erhöhungen der Einstellungsermächtigungen für 1992, um auch die Prüfungsdienste verstärken zu können;
2. Wegfall von Haushaltssperren (Besetzungssperre, "Künftig wegfallend" - Vermerke bei Angestellten-Stellen);
3. Sofortmaßnahmen gegen den eklatanten Beförderungsstau in allen Laufbahnen.

Bonn - Bad Godesberg, den 7. Oktober 1991